

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, Martin Zeil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/6432 –**

**Eine Chance für den Wettbewerb –  
Kein Monopolschutz für die Post AG**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Andreae, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/6631 –**

**Post braucht Wettbewerb – Wettbewerb braucht faire Bedingungen**

#### **A. Problem**

Zu Nummer 1

Geeignete Maßnahmen zur Herstellung eines funktionierenden Wettbewerbs auf dem Markt der Briefdienstleister; Beseitigung von überkommenen Schutzmechanismen für die Deutsche Post AG.

Zu Nummer 2

Verhinderung von Lohndumping in der Postbranche; Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen auf dem Postmarkt.

#### **B. Lösung**

Zu Nummer 1

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6432 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP**

Zu Nummer 2

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6631 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/6432 abzulehnen  
und
- b) den Antrag auf Drucksache 16/6631 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2007

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Klaus Barthel**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Klaus Barthel

### I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/6432** und der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/6631** wurden in der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Oktober 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Zu Nummer 1

Vor dem Hintergrund des Wegfalls des Briefmonopols am 1. Januar 2008 soll die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert werden, die Mehrwertsteuerbefreiung der Post zeitgleich mit der Liberalisierung aufzuheben. Darüber hinaus soll die Bundesregierung eine Ausdehnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf andere Branchen wie zum Beispiel den Postsektor verhindern.

Zu Nummer 2

Angesichts der bevorstehenden Aufhebung der Exklusivlizenz der Deutsche Post AG soll die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert werden, die bestehenden Wettbewerbsbehinderungen auf dem Postmarkt, insbesondere die ungleiche Umsatzbesteuerung der Marktteilnehmer auf dem Postmarkt, auszuräumen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung Maßnahmen treffen, um die Zahlung von nicht-existenzdeckenden Löhnen in der Postbranche zu verhindern.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksachen 16/6432 und 16/6631 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6432.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 71. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6432.

Zu Nummer 2

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6631.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 71. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6631.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Anträge auf Drucksache 16/6432 und auf Drucksache 16/6631 in seiner 52. Sitzung am 12. Dezember 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bezeichnete den von der Koalition zur Frage des Mindestlohns im Postbereich vorgelegten Gesetzentwurf als Minimalkonsens. Eine Differenzierung zwischen alten und neuen Bundesländern sei in dieser Frage unter keinem sachlichen Gesichtspunkt gerechtfertigt.

Die **Fraktion der FDP** erinnerte daran, dass es Sinn und Zweck des Entsendegesetzes gewesen sei, den deutschen Markt vor ausländischen Billiglöhnen zu bewahren. Von diesem Ziel hätten sich die Koalitionsfraktionen inzwischen weit entfernt. Die von der Koalition jetzt geplante Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes im Postbereich untergrabe Wettbewerbschancen, weil die Mitbewerber mit dem jetzt vorliegenden hohen Lohnabschluss nicht mithalten könnten. Es sei insbesondere auch kontraproduktiv, die Einbeziehung weiterer Branchen in das Entsendegesetz in Betracht zu ziehen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der bestehende Auftrag aus dem Postgesetz umgesetzt werde, soziale Grundbedingungen für die Arbeitnehmer in dieser Branche sicherzustellen. Es gehe hier um eine besondere Situation im Postbereich. Die jetzt vorgeschlagene Lösung habe daher auch keine präjudizierende Wirkung für künftige Fälle. Einzuräumen sei, dass der Wettbewerb aufgrund der Struktur des Tarifvertrages schwieriger zustande komme, als dies zunächst gewollt gewesen sei. Die Vereinbarung der Lohnhöhe sei nach wie vor Sache der Tarifvertragsparteien.

Die **Fraktion der SPD** machte ergänzend darauf aufmerksam, dass die Tarifvertragsparteien ein Auslaufen der unterschiedlichen Behandlung von neuen und alten Bundesländern in zwei Jahren vereinbart hätten. Die sukzessive Beseitigung von Lohnunterschieden zwischen alten und neuen Bundesländern sei auch in anderen Branchen ein durchaus übliches Verfahren. Es gebe übrigens niemand, der ernsthaft die These vertrete, dass mit Niedriglöhnen und Lohndumping auch nur ein Brief mehr befördert werde. Mit der geplanten Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf den Postsektor würden in diesem Bereich faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen. Der Wettbewerb erfolge dann nicht über Niedriglöhne, sondern über mehr Qualität der Dienstleistungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass eine weitere erhebliche Wettbewerbsverzerrung in der

Postbranche, nämlich die Mehrwertsteuerbefreiung der Post, nicht angegangen werde. Neben der Einführung von Mindestlöhnen, die richtig sei, müsse unbedingt auch eine Gleichstellung der Wettbewerber im steuerlichen Bereich hergestellt werden.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/6432 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss ferner mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/6631 zu empfehlen.

Berlin, den 12. Dezember 2007

**Klaus Barthel**  
Berichterstatter





